

Was lernen wir aus Corona?



lic. iur.
Christoph
Spiess,
e. Gemeinderat,
Co-Zentralpräsi-
dent, Zürich

Zwangsschliessung von Schulen und Läden, weitgehende Ausgangsbeschränkungen. Herr und Frau Schweizer wähen sich im falschen Film. Wer hätte das gedacht: Die «reiche Schweiz» ein Seuchengebiet! Dabei ist erstaunlich, dass es uns nicht schon längst und noch schlimmer getroffen hat. Und es kann jederzeit wieder geschehen. Auch Naturkatastrophen oder kriegerische Auseinandersetzungen können solche Folgen haben, selbst wenn sie sich in fernen Regionen der Welt ereignen. Globalisierung und Internationalisierung machen abhängig. **Störungen weltumspannender «Lieferketten» können zum**

Kollaps ganzer Branchen führen. Hiesige Unternehmen vermögen wichtige Güter nicht mehr zu liefern, weil sie deren Herstellung weitgehend in ferne Länder verlagert haben. So etwa nach China, einem totalitär regierten Staat mit Weltmacht-Ambitionen, oder in unterentwickelte Länder mit notorisch instabilen Verhältnissen. Das macht uns abhängig und erpressbar. **Wir**

verkaufen einheimische Traditionsfirmen, auch «systemrelevante», an Investoren aus solchen Ländern. Sogar die Grossbanken gehören faktisch längst dem Ausland und werden von ausländischen Managern dirigiert. Zu all dem gäbe es eine Alternative, nämlich den Übergang zu möglichst lokalem, allenfalls regionalem Wirtschaften. **Soweit das, etwa bei unentbehrlichen Rohstoffen, nicht geht, könnten wenigstens grosszügige Reserven eingelagert werden, damit die Schweiz weniger krisenanfällig ist.**

Im Übrigen sollten wir die ganzen Produktionsabläufe möglichst im Lande oder wenigstens in der Nachbarschaft abwickeln. Unerlässlich ist ausserdem, dass Schweizer Unternehmen grossmehrheitlich Schweizern gehören und von solchen geleitet werden.

In der Coronakrise tritt nun auch endgültig zutage, dass die zunehmende Verlagerung der Gesetzgebung auf internationale Organisationen und unzählige Staatsverträge ein Irrweg ist.

Die EU ist klinisch tot, die UNO sowieso!

Diese Organisationen sind schon im «Normalbetrieb» unfähig, die anstehenden Probleme (Migrationsdruck, missratene Währungsunion, internationale Konflikte usw.) auch nur halbwegs zu lösen.

In der Krise wird überdeutlich, dass es nur der souveräne Nationalstaat richten kann, indem er sich auf seinem Hoheitsgebiet schnell und wirksam um die Bedürfnisse seiner Bürger kümmert.

Aufrufe an internationale Solidarität fruchten nichts, denn die Men-



Im Krisenfall scheitert die grenzenlose Profitmentalität. Die Schweiz hat die Vorratshaltung für medizinisches Schutzmaterial massiv vernachlässigt.

Corona-Krise

Wir befinden uns momentan in einer schwierigen Zeit. Ein neues Virus sucht unsere Welt heim und hat den Alltag der Menschheit auf den Kopf gestellt. Die Folgen dieses Ausnahmezustandes werden wohl viele von uns noch lange spüren. Deshalb wünscht die Parteileitung der SD Schweiz allen Mitgliedern und Sympathisanten sowie ihren Angehörigen gute Gesundheit, viel Kraft und reichlich Durchhaltevermögen. Bleiben Sie jederzeit gesund!

Christoph Spiess, Co-Zentralpräsident
Margrit Neukomm, Zentralvizepräsidentin
Adrian Pulver, Zentralsekretär

schen wollen ihre Probleme gelöst haben, nicht diejenigen anderer Völker.

Jetzt bezahlen wir einen hohen Preis

für Privatisierungen und «Liberalisierungen», die Prioritätensetzung auf den privaten Profit und den anhaltenden Irrglauben an ein immerwährendes «Wachstum». Der geradezu krankhafte Drang, mittels Kostensenkungen die Konkurrenz zu verdrängen, war schon in guten Zeiten schädlich, denn des einen Kosten sind des anderen Umsatz. **Man will zum Beispiel nur noch «just in time» produzieren, weil Lagerhaltung kostet. So-**

bald dann Störungen der Produktionsketten auftreten, resultieren Versorgungsengpässe.

Aus purem Geiz wurde die Vorratshaltung wichtiger Güter, beispielsweise von Schutzmaterial für das medizinische Personal, vernachlässigt. Es mangelt an Desinfektionsmitteln, weil mit der Privatisierung der Alkoholverwaltung das Pflichtlager von Alkohol aufgehoben wurde.

Unsere hochentwickelte Chemie- und Pharmaindustrie erweist sich als unfähig, Medikamente selber herzustellen, wenn China oder Indien die Zwischenprodukte nicht liefern.

Fortsetzung Seite 2

POSTCODE

AZB 3001 Bern

Die Corona-Krise beweist eindrücklich, dass Globalisierung mehr schadet als nützt!

Was lernen wir aus Corona?*Fortsetzung von Seite 1***Es braucht einen Umbau der Wirtschaft!**

Der «reale Sozialismus» hat gezeigt, dass Planwirtschaft nicht funktioniert. Doch es braucht mehr Steuerung. Der Markt soll spielen, aber so wie auf dem Fussballplatz. Da herrscht Wettbewerb, doch das Spielfeld ist begrenzt, und der Schiedsrichter sorgt für Fairness und Ordnung. Im Wirtschaftsleben obliegt diese Aufgabe dem demokratisch verfassten Staat.

Auch müssen Strukturprobleme der Wirtschaft endlich gelöst statt mittels Masseneinwanderung auf die lange Bank geschoben und so letztlich verschlimmert werden.

Dazu ist das Bildungswesen so umzubauen, dass es die Bedürfnisse der Volkswirtschaft abdeckt. Das bedeutet etwa die Ausbildung von mehr Ärzten, Pflegepersonal, Ingenieuren und IT-Fachkräften – und einen strikten numerus clausus für Psychologen, Soziologen, Historiker und dergleichen. Nötig sind mehr Menschen in der Produktion von Leistungen statt Betreuungs-

und Beratungsstellen für tausend herbeigeredete «Probleme», Kräfteverschwendung in der Unterhaltungs- und Vergnügungsindustrie oder ein «Kulturschaffen» ohne genügende Nachfrage.

Die Wirtschaft soll arbeitslos werdende Mitbürger anderweitig einsetzen und dazu, wenn nötig, umschulen müssen. Das kostet kurzfristig, erspart uns aber die hohen Folgekosten weiterer Zuwanderung und lindert soziale Not.

Mit den übermässigen Devisenreserven der Nationalbank, die ohnehin ein gefährliches Klumpenrisiko sind, liessen sich die Hilfe für Krisenbetroffene und der nötige Umbau der Wirtschaft finanzieren.

Die Massenmobilität schadet nicht nur der Umwelt

Sie sorgt auch für die blitzschnelle und weltweite Verbreitung von Seuchen. Wir werden uns daran gewöhnen müssen, nicht jederzeit auf die Malediven fliegen zu können. In der Schweiz und den umliegenden Ländern lässt sich die Freizeit ebenso geniessen. So kommen unsere Tourismusgebiete auch ohne Chinesen wieder in die Gänge.

Wir können auf teure Ausbauten von Flughäfen verzichten und erst noch die Umwelt schonen, indem wir auf langen Strecken das Angebot limitieren statt die Nachfrage anzukurbeln.

Wenn uns die Deutschen die «Swiss» nicht verkaufen wollen, bauen wir an ihrer Stelle für die wichtigsten Destinationen eine landeseigene kleine, aber feine Airline auf.

Jetzt bezahlen wir die Zeche

für die jahrzehntelange Masseneinwanderung und den damit bewirkten Verlust an Landwirtschaftsboden. Wir können die aufgeblähte Bevölkerung nicht mehr selber ernähren.

Steigt die Nachfrage zum Beispiel nach Gemüse, muss sofort der Import angekurbelt werden. Doch was tun wir, wenn das einmal nicht mehr geht, weil niemand liefern will oder die Transportwege blockiert sind?

Ein Gebot der Stunde ist, den Wanderungssaldo unter null zu drücken und jegliche Ausweitung

der Siedlungsfläche zu stoppen. Unumgänglich ist schliesslich auch das

Ende von Hyper-Individualismus und Nonstop-Spassgesellschaft

Sinnentleerte Massenaufmärsche wie die «Street Parade», Party fast rund um die Uhr und jederzeit fast alles bekommen, was man sich wünscht, auch Erdbeeren im Dezember. Wir haben uns leider daran gewöhnt und sollten lernen, bescheidener zu sein. **Die Asiaten kommen in Notlagen besser zurecht, weil bei ihnen das Gemeinwohl und nicht die schrankenlose «Selbstverwirklichung» des Individuums Vorrang hat.**

Hätte man auf die NA gehört...

Vor bald 50 Jahren warnten gescheite Köpfe wie beispielsweise Valentin Oehen vor den Fehlentwicklungen, mit deren Folgen wir nun zu kämpfen haben. **Hätte man auf sie gehört, wäre das jetzige Schlamassel nicht ausgeblieben, aber sehr viel kleiner.**

Vielleicht lernen wir Schweizer jetzt aus Corona, bevor uns weitere weltumspannende Krisen noch härter treffen.

Die Zeit nach dem Brexit

Die linken Propagandamedien feiern den Brexit wie den kapitalistischen Weltuntergang. Da werden unter anderem folgende Aussagen gemacht: «Wie der Brexit ein Volk entzweit hat – dreieinhalb Jahre Agonie sind dem heutigen EU-Austritt vorausgegangen. Das Vereinigte Königreich hat ein Drama ohnegleichen erlebt.» **Genau; nämlich die Intensität von gelebter Demokratie – die britische Stimmbevölkerung hat abgestimmt und entschieden.**

Die meisten Völker der EU-Mitgliedstaaten haben nichts zu sagen! Und die Regierungen müssen den Mut haben, den Volkswillen umzusetzen (wäre auch bei uns wieder einmal empfehlenswert!).

Dann liest man in einer Ausgabe des Tages-Anzeigers folgenden Satz: «Die Briten schreiten ins Ungewisse.» Das ist klar. Bevor die heutige Europäische Union existierte, lebten sie ja auch während Jahrhunderten im Ungewissen!



Es ist endlich vollbracht! Grossbritannien hat die EU verlassen.

Da wird seitenweise mit der psychologischen Keule zugeschlagen und versucht, allen möglichen Akteuren Angst einzuflöschen, die nicht der mafiosen Grossreichshegemonie angehören und untertan sein wollen.

Weiter habe ich beispielsweise gelesen: «Die Briten erfuhren, dass bei einer abrupten Abkehr von der EU gegebenenfalls kein frisches Trinkwasser mehr zur Verfügung stehe und dass die Verbindung zum Kontinent ganz abreißen könnte.» Das ist wahrscheinlich logisch; vor über 47 Jahren, als es die EU noch

nicht gab, haben die Briten kläglich nur von Whisky und Portwein gelebt, und denken wir weiter daran, dass diese im Juni 1944, zusammen mit den Amerikanern, die Verbindung zum Kontinent mit grosser Gewalt angerissen haben, notabene, um Europa von der damaligen Hegemonial-Geissel zu befreien (Und um endlich frisches Wasser zu bekommen?).

Freiheit und Demokratie – nicht EU-kompatibel

Donald Tusk, EU-Ratspräsident, wird folgenderweise zitiert: «Jede Familie weiss, dass eine Scheidung für alle traumatisch ist.» **Der Begriff «Familie» ist ja ziemlich weit fassbar, auch italienische Mafia-gesellschaften sind teils stark familienorientiert. Und dort ist es wohl noch gefährlicher auszutreten.**

Ganz deutlich und weniger freundlich klingt Emmanuel Macron, wenn er wie folgt bemerkt: «Das Schlimmste wäre, wenn die EU ge-

genüber den Briten Schwäche zeigen würde.»

Nun, die Briten haben eindrücklich bewiesen, dass ihre Identität noch intakt ist, und sie sich nicht von einer neuen Zeit in Europa auflösen lassen. So muss es sein.

Ich zitiere aus der Rede Winston Churchills des Jahres 1946 in Zürich: Und doch gab und gibt es die ganze Zeit hindurch ein Heilmittel, das allgemein und spontan angewendet, wie durch ein Wunder die ganze Situation verändern und in wenigen Jahren ganz Europa oder zumindest den Grossteil davon so frei und glücklich machen würde, wie es die Schweiz heute ist.

Frei und glücklich wie die Schweiz – ganz Europa!? Das ist ein frommer, sehr schöner Wunsch. Er scheitert nicht an der Idee, sondern an den neuen Machtversessenen, die diese einfache Strategie von Winston Churchill nicht verstehen können.

Andererseits sagte er auch, dass ein geistig grosses Frankreich zusammen mit einem ebenso grossen Deutschland im neuen Europa die Führungsrolle übernehmen

müsste. Was heisst denn hier Führungsrolle und was bedeutet «geistig gross»?! Nachdem sich beide halbwegs demokratisch emanzipieren konnten, nach den Führerkatastrophen der beiden Weltkriege, tragen sie wenigstens ihre Streitereien nicht mehr unter Einsatz ihrer unschuldigen Völker mithilfe von Vernichtungsstrategien aus.

Unabhängigkeit erhalten – Nein zum Rahmenabkommen

Die neue Aggressivität und mangelnde Bereitschaft zu friedlichem Austausch und Respekt zwischen den Nationen wird jedoch immer wieder hemmungslos zelebriert, mit Drohungen und Erpressungen, wie sie unter anständigen, zivilisierten Partnern nicht mehr üblich sein sollten. Im vergangenen Februar vermeldeten die Medien wiederum: «EU setzt Schweiz ein Ultimatum!»

Sogleich wollte man das Abkommen zur Medizinaltechnik nicht mehr erneuern. Wie viele Länder, Spitäler und Firmen, die beispielsweise auf unsere Produkte angewiesen sind, dabei jedoch in Schwierigkeiten geraten könnten, interessiert die EU wenig.

Das zeigt einmal mehr, welcher grundsätzlichen Gefahr wir uns aussetzen, wenn Bundesrat und Parteien mit einem Rahmenabkommen zu EU-Kreuzen kriechen wollen.

Deshalb muss man die Finger davon lassen!

Wann haben wir endlich einen Bundesrat, welcher der Brüsseler Hegemonialbürokratie das schweizerische Selbstbewusstsein demonstrieren kann, unter Verlesung unserer existenziellen Verfassungsartikel und dem Bekenntnis, dass wir mit jedem friedlichen und anständigen Partner bilaterale Beziehungen eingehen, in Freundschaft und Fairness, aber niemals Rahmenverträge abschliessen, die unsere Freiheit und Unabhängigkeit gefährden.

Europa der Vaterländer – mithilfe der EFTA

Die Schwierigkeit, sich aus einer mächtigen Zentrifuge wieder befreien zu können, zeigt der Brexit deutlich auf.

Das sollte zum einen allen unseren EU-Euphorikern eine deutliche Warnung sein. Zum anderen ist es aber der langersehnte Startschuss für ein Europa der Vaterländer.

Jetzt wäre der richtige Moment, wo sich weitere selbstbewusste und funktionierende Länder wie zum Beispiel Schweden, Dänemark und auch Österreich aus der Brüsseler Machtzentrifuge lösen müssten, um über die EFTA eine anständige, demokratische Europa-Gesellschaft aufzubauen.

Die Rest-EU könnte sich danach wohl kaum noch Drohungen und Erpressungen gegen alte europäische Nationen leisten. **Daraus ergäben sich viele dringend gewünschte Chancen im Bereich Wirtschaft wie auch in Zusammenhang mit einer europäischen Vernunfts- und Zukunftspolitik.** Es entstünde eine freundschaftliche Vertragszusammenarbeit der europäischen Vaterländer.

Die neutrale «glückliche, freie» Schweiz wäre prädestiniert, eine initialisierende Konferenz mit den interessierten Ländern, vor allem natürlich mit Grossbritannien, einzuberufen.

Wir hätten sogar die Frauen und Männer, die das könnten, aber die «sitzen» nicht im Bundesrat – und sind auch nicht gerade stark im Parlament vertreten!

Alexander Steinacher, Thalwil

Problematik von ausländischen Fachkräften

Ausländische Fachkräfte haben mehrere negative Auswirkungen. Viele Firmen werden ins Ausland verkauft. Einer meiner Bekannten gründete eine kleine Unternehmung, welche sich dann zu einem mittelgrossen Betrieb entwickelte. **Den ersten Auftrag erhielt er von einer grösseren Schweizer Firma, die zu einem späteren Zeitpunkt ins Ausland verkauft wurde. Dafür war eine sogenannte ausländische Fachkraft verantwortlich.**

Hätte nun mein Bekannter seine Unternehmung erst nach dem Verkauf dieser grösseren Schweizer Firma gegründet, so wäre er nicht in den Genuss dieses äusserst wichtigen ersten Auftrages gekommen.

Ein weiterer Aspekt ist die Innovationskraft der Schweiz. Sie gehörte weltweit zu den innovativsten Län-

dern. Nun nimmt aber die Zahl der zugewanderten Arbeitnehmer gegenüber den erwerbstätigen Schweizern stetig zu, was diese Innovationskraft allenfalls schmälern könnte. **Ein Indiz dafür ist womöglich, dass die Basler Pharmakonzerne nur noch wenige in Basel entwickelte Medikamente auf den Markt bringen.** Zudem haben auch viele im Maschinenbau tätige Unternehmungen mit Problemen zu kämpfen.

Schweizer im Nachteil

Des Weiteren bevorzugen etliche Grosskonzerne ausländische Arbeitskräfte. **Dadurch werden qualifizierte Schweizer vermehrt arbeitslos und können kein praktisches Know-how erlernen. Nebst einer punktuell zunehmenden Arbeitslosigkeit besteht auch das**

Problem des Lohndumpings. Secondos oder Terzos sind davon genauso betroffen wie Schweizer Bürger. Daher ist es vollkommen unverständlich, dass solche Ausländer die heutige Zuwanderung oftmals befürworten. Auch erkennen wiederum viele Schweizer die Problematik der Überbevölkerung nicht.

Letztlich dürften Ausländer in mächtigen Positionen ein anderes Verhältnis zur Schweiz haben als hiesige Führungskräfte.

Es entsteht eine von ausländischen Kaderangestellten geprägte Elite, was mittelfristig negative Auswirkungen auf die Politik und somit die ganze Gesellschaft haben kann.

*Walter Huber,
Basel*

Adressänderungen

Die Post sendet nach Ablauf der Nachsendefrist das an Sie adressierte Exemplar der Zeitung «Schweizer Demokrat» zurück und meldet uns Ihre neue Adresse nicht mehr.

Bitte melden Sie daher Ihre allfälligen Adressänderungen frühzeitig an:

Schweizer Demokraten (SD)
Postfach, 3001 Bern

E-Mail:
schweizer-demokraten
@bluewin.ch.

Sie sichern sich damit den lückenlosen Empfang Ihrer Zeitung.

SD-Redaktion

Die Aufnahme von Flüchtlingen ist während der Corona-Krise ein enormes Sicherheitsrisiko und somit verantwortungslos.

Solidarität statt Krisenangst

Wer in diesen Tagen die TV-Nachrichten mitverfolgt, erkennt sofort: Viele Politiker scheinen lieber Schäden an der Volksgesundheit in Kauf nehmen zu wollen als wirtschaftliche Einbussen. Das macht nachdenklich, denn Geld ist ersetzlich, Menschenleben sind es nicht. Die Folgen des Seuchenzuges für unsere Volkswirtschaft sind gleichwohl enorm.

Es wird einige Zeit dauern, bis die Betriebe, die stillgelegt werden mussten, wieder normal funktionieren und die ganz oder teilweise arbeitslos gewordenen Bürger/-innen wieder voll beschäftigt werden können.

Einige Unternehmen werden die Krise trotz des gross angelegten Hilfsprogramms des Bundes nicht überstehen.

Mit Krediten ist es nicht getan!

Es ist sicher richtig, den notleidenden Unternehmen zunächst einmal mit Krediten unter die Arme zu greifen. Doch viele von ihnen werden auch längerfristig nicht in der Lage sein, diese zurückzuzahlen.

Man wird also jenen, die das trotz aller Anstrengung nicht schaffen, aber ansonsten überlebensfähig sind, diese Schulden erlassen müssen, um eine zweite Krisenwelle zu verhindern.

Die Schweiz kann sich das aufgrund ihrer niedrigen Staatsverschuldung leisten. Selbst wenn wir 100 Milliarden Franken abschreiben müssten, stünden wir immer noch besser da als die meisten anderen Länder auf diesem Kontinent. Angst ist also fehl am Platz, aber

Solidarität ist gefragt

In dieser besonderen Situation höherer Gewalt wird das Schweizervolk lernen müssen, wieder mehr zusammenzustehen.

Zur Bewältigung der enormen finanziellen Belastung braucht es vielleicht eine einmalige Sonderabgabe auf grossen Einkommen und Vermögen.

Dies gilt auch für Unternehmungen, zum Beispiel Onlinehändler oder Hersteller von medizinischem Material, die ungewollt, aber



Für stark betroffene Branchen wie die Gastronomie reicht die momentane finanzielle Unterstützung nicht annähernd aus!

enorm von der Coronakrise profitieren. Ausserdem könnte man nun lernen, auf unnötige staatliche Aktivitäten zu verzichten, beispielsweise auf die ohnehin weitgehend wirkungslose Entwicklungshilfe oder das Durchfüttern von «Kulturschaffenden», deren «Kunst» kaum jemanden interessiert.

Schädliche Folgen der Personenfreizügigkeit

In früheren Krisen war es so, dass Ausländer, die erst wenige Jahre in

der Schweiz waren und längere Zeit keine Arbeit mehr fanden, das Land wieder verlassen mussten. **Die Personenfreizügigkeit wird nun zur Folge haben, dass solche Immigranten in grosser Zahl und auf unabsehbare Zeit unseren Sozialstaat belasten.** Vielleicht öffnet das einigen Stimmberechtigten die Augen und lässt sie erkennen, dass das Freizügigkeitsabkommen dringend gekündigt werden muss.

*lic. iur. Christoph Spiess,
e. Gemeinderat,
Co-Zentralpräsident, Zürich*

Ein Lob dem Kanton Tessin

Leben wir in einer Diktatur? Der Bundesrat empörte sich, dass die «aufmüpfigen» Tessiner auf eigene Initiative eine generelle Betriebs- und Baustellenschliessung beschlossen hatten. Davon ausgenommen waren Betriebe der Lebensmittel- und Pharmabranche. Das entschied die Gesamtregierung des Tessins (bestehend aus Lega, FDP, CVP und SP).

Die Empörung in Bern stieg noch, weil sich der Kanton Tessin der Weisung unserer Landvögte entgegengesetzte und die Schliessung trotz gegenteiligem Befehl aufrechterhielt.

Im Tessin hatten sogar Arbeitgeberkreise Verständnis für die generelle Betriebsschliessung, auch wenn dieser Beschluss Konsequenzen in Bezug auf die Kurzarbeitsentschädigungen haben könnte. **Falls ein Kanton Weisungen aus Bern nicht**

durchführt, würde man die Entrüstung durchaus verstehen, zumal die Nichtbefolgung auch für andere Kantone eine massive Erhöhung der Corona-Gefahr zur Folge hätte.

Wenn jedoch das weitaus am stärksten betroffene Tessin für sein Territorium schärfere Massnahmen ergreift, sieht die Situation vollkommen anders aus. Das finde ich absolut in Ordnung, denn schliesslich will die Regierung nur die eigene Bevölkerung schützen.

Wäre das in unserer Demokratie nicht mehr erlaubt, sollte man, wie in früheren Jahrhunderten, nach Bern marschieren und die dortige Regierung zum Teufel jagen. **Glücklicherweise legalisierte dann der Bundesrat den autonomen Tessiner Entscheid doch noch.**

*Dr. Dragan Najman,
e. Grossrat, Baden*



Betriebs- und Baustellenschliessungen sind im Kanton Tessin vollkommen gerechtfertigt.

Die Corona-Krise zeigt uns, wie wichtig eine handlungsfähige Armee ist!

Doppelinitiative Landschaft und Biodiversität

Die Schweizer Demokraten (SD) unterstützen die von verschiedenen Umweltverbänden lancierte Doppelinitiative zum Schutz der Landschaft und dem Erhalt der Biodiversität. Einerseits soll das Problem der Bautätigkeit ausserhalb der Bauzonen angegangen werden. Bereits heute befinden sich 590'000 Gebäude in diesen Gebieten, was hauptsächlich auf den nachsichtigen Vollzug der Kantone zurückzuführen ist.

Nun fordern die Initianten, dass die Zahl der Bauten und die von ihnen beanspruchte Fläche nicht zunehmen dürfen. Ausserdem muss eine neue Infrastruktur zwingend der landwirtschaftlichen Tätigkeit dienen. Die Umnutzung zu Wohnzwecken ist nicht gestattet.

Letztlich liegen 37% des gesamtgenutzten Raumes nicht in einer Bauzone, sodass entsprechende Massnahmen von höchster Dringlichkeit sind. Bei der Biodi-



Für den Landschaftsschutz und die Biodiversität benötigt es griffige Massnahmen, sodass solche Bilder auch langfristig noch möglich sind.

versität geht es um die Bewahrung der intakten Natur und freien Landschaften. Dabei werden die schon vorhandenen Schutzgebiete gleich stark gewichtet wie die Ökosysteme, welche ausserhalb der deklarierten Objekte liegen.

Über ein Drittel aller einheimischen Tier- und Pflanzenarten gilt als gefährdet und viele davon, die früher häufig anzutreffen waren, sieht man heute immer seltener.

Deshalb benötigt es zum Erhalt der Biodiversität zusätzliche unter Schutz gestellte Flächen (zurzeit lediglich 6,2% der Gesamtfläche) sowie mehr finanzielle Mittel. Diese belaufen sich gerade einmal auf 705 Millionen Franken pro Jahr, wobei das Geld weder für den Unterhalt der verfassungsrechtlich geschützten Moore noch für einen wirkungsvollen Schutz der Biotope von nationaler Bedeutung ausreicht.

Pro Tag werden in der Schweiz zehn Fussballfelder verbaut. Natur- und Landschaftsschutz haben für die SD somit oberste Priorität.

Die Sammelfrist der beiden Volksinitiativen läuft Ende September 2020 (Vorsicht: Bis zum 31. Mai dürfen keine Initiativen und Referenden unterschrieben werden.) ab.

*Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern*

Asylunsinn – wie lange noch?

Neben den Kriegen ist das Asylwesen die grösste Dummheit, welche Europa begeht. Denn bei den sogenannten Schutzsuchenden oder Flüchtlingen handelt es sich bekanntlich oftmals um Leute, die lediglich ein angenehmeres Leben auf unsere Kosten suchen.

Sonderbar ist, dass auch Islamisten – von Allah, dem Allmächtigen, im Stich gelassen – keine Hemmungen haben, ausgerechnet in Länder der Ungläubigen zu «fliehen», das heisst illegal einzuwandern.

Unterstützt werden solche Einwanderer von dubiosen NGO's. Diese leben weitgehend von staatlichen Subventionen. Ihre Aktivitäten als Schlepper richten sich aber eindeutig gegen uns und somit gegen die Staaten, welche die Institutionen mit Geld versorgen. Das geschieht alles, um Leuten, die

nicht zu uns passen, bei der illegalen Einreise zu helfen. Wann wird endlich mit diesem Unsinn Schluss gemacht? Die Antwort liegt auf der

Hand. **Die Mitarbeiter der Hilfswerke und der NGO's können mit dem «Ertrag» aus dem Asylwesen besser leben als mit anständiger**

Arbeit. Solange sich daran nichts ändert, bleibt die heutige Situation bestehen.

Otto Weiersmüller, Uetikon



Vor allem Asylbewerber aus Afrika sind weder an Leib und Leben bedroht noch flüchten sie vor Kriegen.

Von der Corona-Krise stark betroffene Branchen müssen zwingend noch stärker unterstützt werden.

Fledermäuse als Ansteckungsherd?

Der Ursprungsort der neusten Corona-Pandemie, der unsere Welt in kurzer Zeit vollkommen verändert hat, war die 11-Millionen-Stadt Wuhan. Auf den Märkten werden traditionsgemäss lebende Tiere in engen Käfigen, direkt neben dem Schlachtfleisch, angeboten. Hier findet man eine Riesenauswahl an Geflügel, Schweinen, Eseln, Kamelelen, Dachsen, Füchsen, Schuppentieren, Schlangen, Fischen und Fledermäusen.

Solche unhygienischen Verhältnisse sind ein ideales Tumfeld für Viren, die sich auf diese Weise ungehindert ausbreiten können.

Als immer mehr Chinesen im November und Dezember 2019 erkrankten, entdeckten die Wissenschaftler einen neuen, gefährlichen, sehr ansteckenden Virus, genannt Sars-CoV-2. Ab 1. Januar 2020 erliess die chinesische Regierung ein Verbot für solche Tier- und Fleischmärkte. Ende Februar wurde schliesslich auch der Handel mit Wildtieren und deren Verzehr mit sofortiger Wirkung verboten. Weitere Massnahmen folgten. Doch es war schon zu spät und die Epidemie entwickelte sich zu einer Pandemie, die sich rasch über den gesamten Globus ausbreitete.

Warum gerade Fledermäuse?

Fledermäuse und Flughunde gelten als perfektes Reservoir für viele Krankheitserreger, nicht nur für den neusten Coronavirus, sondern auch für andere gefährliche Viren. Diese kennen wir aus früheren Epidemien, die alle in China ihren Anfang nahmen, wie Tollwut, Ebola, Sars- und Mers-Coronaviren.

Während Menschen und viele Säugetiere daran schwer erkranken und manche sogar sterben, zeigen Fledermäuse keinerlei Krankheitssymptome, geben jedoch die Viren ungehindert weiter.

Besonders in den engen Wohn- und Bruthöhlen, wo die Aufzucht der Jungen stattfindet, grassiert der Virus. Da in China Fledermäuse in nächster Nähe mit Menschen und deren Nutztieren leben, vermischen sich Viren von Tieren und Menschen, sodass immer neue Mischviren entstehen, die irgendwann zu einer gefährlichen Variante mutieren können. Forscher der amerikanischen Berkeley-Universi-



Fledertiere (Bild: Flughunde) waren hauptsächlich für die Übertragung des neuen Coronavirus auf den Menschen verantwortlich.

tät in Kalifornien fanden den Grund, warum die Fledertiere so resistent gegen Virusinfektionen sind. Sie verfügen über ein aussergewöhnlich effizientes Immunsystem, das für die Viren als Trainingslager und Vermehrungspool dient.

Durch die schlagkräftige Abwehrreaktion der Fledermäuse wird die Virulenz der Viren erhöht. Als Folge davon vermehren sie sich noch schneller und warten nur auf ihre Chance, sich über die Artengrenze hinweg zu verbreiten.

Rasche Übertragung unter Menschen

Wenn ein solch extrem aktives Virus auf einen Menschen trifft, der naturgemäss über ein weniger widerstandsfähiges Immunsystem verfügt, haben die Viren leichtes Spiel! Ungewollt steckt der Infizierte seine Familie, Kollegen und Freunde an. Von Mensch zu Mensch funktioniert die Ansteckung viel leichter und schneller. Wer über ein starkes Abwehrsystem verfügt, wird nur leicht erkranken und bald wieder genesen, aber für ältere oder geschwächte Personen kann dies tödliche Folgen haben.

Im Jahr 2012 brach auf der arabischen Halbinsel ein Coronavirus namens Mers-CoV aus, das von Dromedaren auf Menschen übertragen wurde. Auch hier waren die Fledermäuse die Ursache, da sie die Dromedare durch ihre Ausscheidungen angesteckt hatten.

Die meisten Viren haben über die Artengrenze hinaus Zwischenwirte. Sie wandeln sich ständig und tauschen Erbgut aus, werden stärker und aggressiver. Ein Krankheitserreger, der nur Vögel befällt, kann durch Mutationen die

Fähigkeit erlangen, in menschliche Zellen einzudringen, wie beispielsweise bei der Vogelgrippe. Infektionskrankheiten, die von Tieren auf Menschen übertragbar sind, werden Zoonosen genannt. Diese nehmen weltweit zu!

Schuppentiere als Zwischenwirte?

Das neue Coronavirus, genannt Sars-CoV-2, ist zu 80% identisch mit dem Sars-Virus. Es wird immer noch nach einem Zwischenwirt für diese Viren gesucht. Unter Verdacht stehen die Schuppentiere, auch als Pangoline bekannt. Für die Chinesen ist dies eine beliebte Delikatesse und eine Medizin nach alter Tradition. Mittlerweile sind die Schuppentiere beinahe ausgerottet und werden illegal aus Afrika in viele asiatische Länder eingeführt. Des Weiteren fördert die chinesische Esskultur die Virenübertragung. Fledermaussuppe mit teilweise noch lebenden Tieren ist in einigen chinesischen Provinzen ein besonderer Leckerbissen. Fast alle Tierarten werden hier traditionell gegessen. Nebst Fledermäusen verspeist man noch andere lebende Tiere, weil der Adrenalinegehalt im Fleisch den Geschmack angeblich verbessert.

Inzwischen hat die chinesische Regierung die Bevölkerung aufgefordert, keine Wildtiere mehr zu jagen und zu essen, was insbesondere für Fledermäuse gelte.

Vor einigen Tagen sah man im Fernsehen, wie Chinesen Fledermäuse einfangen und in Plastiksäcken vergasen. Danach werden die Tiere noch halb lebendig ins Feuer geworfen, wo sie qualvoll verbrennen. Auch in Peru tötete man auf diese Weise 300 Fledermäuse in ihren Höhlen, aus Angst vor einer Ansteckung. Dies ge-

schieht alles aus Rache an den unschuldigen Tieren!

Einheimische Fledermäuse sind ungefährlich

Die Universität Zürich hat viele Fledermäuse untersucht und es wurden nur entfernt verwandte Coronaviren gefunden, doch keine die uns gefährlich werden könnten. Vielmehr trifft das Gegenteil zu. Es besteht die Gefahr, dass einheimische Fledermäuse von infizierten Menschen angesteckt werden, was zu einem grossen Fledermaussterben führen könnte!

Unsere Fledermäuse sind geschützt, zumal es sich um sehr kleine Populationen handelt. Als nützliche Insektenfresser erfüllen sie eine wichtige ökosystematische Aufgabe.

Zudem bestehen keinerlei Hinweise, dass uns unsere Haustiere anstecken könnten. Auch dass sie zur Verbreitung von Sars-CoV-2 beitragen, ist höchst unwahrscheinlich. Gemäss den Ergebnissen von chinesischen Forschern können jedoch vom Coronavirus befallene Menschen ihre Katzen anstecken. Umgekehrt funktioniert das aber nicht, da Katzen diesen Virus höchstens an ihre Artgenossen weitergeben und niemals an Menschen. Es gab leider weltweit Personen, die ihre Katzen und Hunde aussetzten oder ins Tierheim brachten, in panischer Angst vor einer Ansteckung. Hunde sind weniger empfänglich für diese Erkrankung. Bei Schweinen, Hühnern und Enten kann sich der Virus überhaupt nicht vermehren. Überall auf der Welt forschen die Wissenschaftler auf Hochtouren, um einen Impfstoff und ein Heilmittel gegen Sars-CoV-2 zu finden. Wer diesen Wettlauf gewinnt, dem sind Milliardengewinne mit Monopol und Lizenzen sicher. Doch bis es soweit ist, vergeht noch viel Zeit. Der Ausbruch der aktuellen Pandemie ist kein Zufall!

Artensterben, Zerstörung der Natur, Ausbeutung der Ressourcen, Massentierhaltung und Klimawandel erhöhen das Risiko, dass immer neue Krankheiten von Tieren auf Menschen übertragen werden. Hoffentlich zwingt diese Corona-Krise die Menschen in aller Welt zum Umdenken!

Margrit Neukomm,
Zentralvizepräsidentin, Bern



C'est désormais prouvé: les prestations sociales favorisent les abus en matière d'asile!

Des universitaires (Princeton, Etats-Unis) l'affirment sans réserve: pour lutter contre les abus en matière d'asile, réduisons les prestations sociales! C'est depuis le début des années 1980 que nous connaissons une immigration massive sous le couvert de l'asile. **Un sujet revient de manière récurrente dans le débat entamé il y a bientôt quarante ans: qu'est-ce qui incite les migrants à quitter leur pays? Qu'est-ce qui les incite à venir chez nous?** Les motifs d'émigration sont appelés facteurs «push», les motifs d'immigration sont appelés facteurs «pull». Il va sans dire qu'il nous est plus facile d'agir sur les seconds que sur les premiers. **Un facteur «pull» essentiel est évidemment constitué par l'appât du gain, s'agissant en particulier des prestations sociales.** Une fois cette évidence constatée, comment quantifier ce facteur?

Une première méthode consiste à comparer l'emprise étrangère subie par les différents pays en fonction des prestations sociales offertes aux migrants, aussi bien en espèces qu'en nature. **Cette approche est assurément nécessaire et légitime. Elle comporte cependant ce que les statisticiens appellent un «biais».**

Puisque d'autres facteurs «pull», variables d'un pays à l'autre, peuvent aussi entrer en ligne de compte, ainsi la présence de réseaux de migrants déjà constitués dans le pays d'accueil, le caractère communautariste de la société (ce qui explique par exemple la forte immigration extra-européenne au Royaume-Uni), la situation économique, le marché de l'emploi, les critères régissant l'octroi (respectivement le refus) de l'asile ou du droit de séjour, la lenteur (respectivement la rapidité) des procédures, le laxisme (respectivement la rigueur) des renvois et des refoulements («push-back», selon la terminologie internationale), les modalités du regroupement familial, les possibilités de gain offertes par des activités criminelles, etc.

Il est ainsi difficile d'isoler un facteur «pull» particulier en comparaison internationale.

L'effet *spécifique* des prestations sociales comme facteur «pull» ne peut ainsi être rigoureusement évalué qu'en analysant la situation dans *un seul* pays. Le critère est évidemment la variation de l'immigration en fonction des prestations offertes, toutes choses étant égales par ailleurs.

La Suisse n'a jamais opéré une hausse ou une baisse abrupte des prestations fournies aux migrants; elle présente en outre – hélas – bien d'autres facteurs «pull» qui suscitent la convoitise.

Notre pays n'est dès lors pas le meilleur «laboratoire» pour une étude portant sur l'effet de ce facteur, considéré isolément. **Il existe en revanche un Etat qui, à trois reprises, a connu une variation massive des prestations en faveur des requérants d'asile, à savoir le Danemark.** Jugez plutôt: avec effet au 1er juillet 2002, le parlement danois a réduit de jusqu'à 50% les prestations sociales pour les ressortissants d'Etats tiers; cette réglementation a été abrogée en janvier 2012, avant d'être réintroduite presque à l'identique en août 2015, chaque fois à l'occasion de changements de majorité parlementaire. Le Danemark constitue donc un cas d'école.

Les effets de la diminution des prestations ne se sont pas fait attendre. Les mesures prises en 2002 ont entraîné une baisse de l'immigration de presque 5'000 personnes par an, dans un pays qui compte 5,5 millions d'habitants pour environ 135'000 extra-Européens.

Le rétablissement des prestations décidé en 2012 a entraîné une hausse de l'immigration de, tenez-vous bien, 5000 personnes par an... avant que l'immigration ne diminue de presque autant après les mesures prises en 2015!

Ces résultats ont été jugés suffisamment importants pour être publiés par l'université de Princeton, sous la direction du Professeur Henrik Jacobsen Kleven¹). **Les auteurs de l'étude affirment sans réserve que les prestations sociales ont un effet d'«aimant» (welfare magnet) sur l'immigration.**

La Suisse serait bien inspirée de suivre l'exemple danois. Une réduction seulement graduelle des prestations n'a guère d'effet mesurable; les quelques mesures d'économie qui ont été prises chez nous l'ont été pour des motifs d'équilibre financier plutôt que pour lutter contre les abus (tel est le cas de la procédure de non-entrée en matière, qui a eu des effets favorables).

Preuve en est désormais faite: les réductions de prestations doivent être sévères. Elles ne sauraient se limiter aux requérants, mais doivent s'étendre aux admissions provisoires et aux autres statuts de séjour, sans limitation de temps.

Le recours prolongé à l'aide sociale doit en outre être un motif d'expulsion. Il doit même justifier le refus de la naturalisation, comme en ont courageusement décidé les Argoviennes et les Argoviens en votation populaire du 9 février 2020²).

Il ne faut jamais oublier que, depuis l'entrée en vigueur des accords de Schengen, nous avons une frontière en méditerranée, sur le flanc sud des flux migratoires (Espagne, Italie, Grèce, notamment), puisque les frontières sont en principes ouvertes à l'intérieur de l'«Espace Schengen».

L'intention de la Confédération de signer et de ratifier le «Pacte mondial pour des migrations sûres, ordonnées et régulières» du 19 décembre 2018 (Pacte de Marrakech) fragilise encore notre pays.

Précisions que cette volonté est publique depuis le 4 décembre

2019 (nous avons immédiatement informé à ce sujet, alors que les médias gardaient le silence).

Ces questions sont d'autant plus actuelles que nous risquons, toutes proportions gardées, de revivre le scénario de la fin de l'été 2015. En effet, comme vous le savez, la Turquie a, le 29 février dernier, décidé d'ouvrir sa frontière avec la Grèce aux réfugiés et autres migrants résidant sur son territoire. Des candidats à l'émigration ont dès lors afflué vers la Grèce par dizaines de milliers, y compris par bateau; la Turquie a même affrété des cars gratuits en leur faveur. **La Grèce n'a pas résisté à un tel afflux en 2015 et il est à craindre qu'elle ne pourra pas le faire très longtemps en 2020 non plus.** La problématique des facteurs «pull» restera donc hélas d'actualité longtemps encore.

Pour nous défendre contre tout cela, la prochaine date à inscrire à nos agendas est l'initiative de limitation de l'UDC. Votez OUI! (évidemment!)

DS Vaud

1) Ole Agersnap, Amalie Jensen et Henrik Kleven, The Welfare Magnet Hypothesis: Evidence From an Immigrant Welfare Scheme in Denmark, Princeton University/National Bureau of Economic Research, octobre 2019, https://www.henrikkleven.com/uploads/3/7/3/1/37310663/agersnap-jensen-kleven_welfaremagnets_oct2019.pdf

2) La modification de la loi cantonale restreignant l'accès au droit de cité pour ce motif et d'autres encore (Gesetz über das Kantons- und das Gemeindebürgerrecht) a été acceptée en votation référendaire par 101'716 suffrages (64,81%) contre 55'238 (35,19%).

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10

Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach
3001 Bern

Redaktoren:
Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)

Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf

Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden

Margrit Neukomm, Bern

Saläre von Konzernchefs: Unverändert überrissen

Die Schweizer Demokraten (SD) nehmen empört und zugleich wenig erstaunt zur Kenntnis, dass im Vorjahr die Saläre der CEOs der grössten Schweizer Unternehmungen unverändert exorbitant geblieben sind. Zurzeit befinden sich insbesondere auch die modernen erfolgreichen Industriestaaten im Krisenmodus. Daher haftet solchen Entschädigungen, denen aufgrund ihrer Dimension jeglicher sachliche Realitätsbezug fehlt, erst recht ein fahler Beigeschmack an.

Bis heute zeigt die sogenannte Abzocker-Initiative, welche vom Stimmvolk sehr deutlich angenommen wurde, kaum eine spürbare Wirkung.

Mitunter aus diesem Grund erachten es die SD als unumgänglich, restriktivere Regulierungen vorzunehmen. Dabei sollte man sämtliche Jahreslöhne über 500'000 Franken gesetzlich verbieten.

Diese Anpassung beschert den Konzernen unter anderem zusätzliches Kapital für wertvermehrende Investitionen, was dann wiederum der gesamten Gesellschaft zugutekommt.

Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern

Konzernverantwortungsinitiative: Instrument gegen Exzesse der Globalisierung und Überbevölkerung durch Zuwanderung

Die Schweizer Demokraten (SD) stehen der sogenannten Konzernverantwortungsinitiative positiv gegenüber. Zurzeit werden zwei Gegenvorschläge diskutiert, wobei die restriktivere Variante eher dem ursprünglichen Initiativtext entspricht und daher vorzuziehen wäre. **Globale Grosskonzerne schaffen einerseits in Entwicklungsländern Arbeitsplätze, aber verletzen andererseits oftmals international anerkannte Menschenrechte und Umweltstandards.**

Es ist beispielsweise unlängst bekannt, dass die im Rohstoffhandel tätige Zuger Glencore-Gruppe in Afrika, im Kongo, die Böden ganzer Regionen mit den Giften ihrer Minen verseucht.

Als weiterer gewichtiger Schweizer Player gräbt etwa der Lebensmittelgigant Nestlé den Menschen Afrikas das Grundwasser ab, um es ihnen in PET-Flaschen teurer wieder zu verkaufen. **Solche Exzesse**

der Globalisierung führen zu den längst vorhandenen Migrationsströmen in Richtung Europa und somit auch der Schweiz. Deshalb leistet die Konzernverantwortungsinitiative ebenfalls einen Beitrag zur Begrenzung der Zuwanderung.

Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT**
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- ___ Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Telefon/Natel: _____

E-Mail: _____

Datum/
Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat!

Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos: Schweizer Demokraten SD, Postfach 8116, 3001 Bern, Telefon 031 974 20 10, Telefax 031 974 20 11, schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie können sich aber auch an folgende Person wenden:

Rudolf Keller, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf, rudolf.keller@bluewin.ch